



Liebe Leserinnen,

2013 verspricht frauenpolitisch spannend zu werden. Die AsF feiert ihr 40-jähriges Bestehen, als Landesverband wählen wir einen neuen Vorstand. Auch die Bundestagswahl, bei der wir im September nicht zuletzt über wichtige frauen- und familienpolitische Belange abstimmen werden, wirft erste Schatten voraus. Das Konzept der SPD zum neuen Kindergeld stellen wir in diesem Newsletter vor. In vielen deutschen Städten fanden am 14. Februar Aktionen im Rahmen der „One Billion Rising“-Kampagne statt, die auch ich gern unterstützt habe, weil Gewalt gegen Frauen auch im Jahr 2013 traurige Realität ist, mehr erfahrt ihr in diesem Newsletter!

Eine interessante Lektüre wünscht

Eure Corinna Reinecke

AsF Landeskonferenz findet am 27. April statt

Liebe Genossinnen,

hiermit laden wir Euch herzlich zu unserer diesjährigen Landeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) Sachsen-Anhalt ein. Sie findet am Samstag, **27. April 2013, 10:00 Uhr**, in der Unternehmerinnenakademie, Schleinufer 18, 39104 Magdeburg, statt.

Im Mittelpunkt der Konferenz wird das Impulsreferat und die Diskussion zum Thema „40 Jahre ASF – wo stehen wir heute?“ stehen. Als Referentin konnten wir **Evelyne Gebhardt**, MdEP und stellvertretende Bundesvorsitzende der AsF, gewinnen. Auf der Landeskonferenz wird darüber hinaus turnusmäßig ein neuer Landesvorstand gewählt.

Wir freuen uns über Eure Teilnahme!

Das neue Kindergeld der SPD

Die SPD will Familien gerechter fördern. Momentan profitieren Wohlhabende über den Kinderfreibetrag deutlich mehr als Normal- und Geringverdiener über das Kindergeld - das will die SPD ändern und im Falle eines Wahlsiegs das Kindergeld neu gestalten.

Das neue Kindergeld soll nach Einkommen gestaffelt werden. Für viele Familien wird sich zunächst nichts ändern. Sie bekommen auch weiterhin – für die ersten beiden Kinder je 184 Euro Kindergeld, für das dritte Kind 190 Euro, für das vierte und jedes weitere Kind 215 Euro monatlich. Nach der Reform wird damit niemand weniger als 184 Euro Kindergeld im Monat bekommen.

Für Familien mit niedrigem Einkommen wird sich aber etwas ändern: Wer monatlich weniger als ca. 3000 Euro brutto zur Verfügung hat, bekommt einkommensabhängig mehr – maximal 324 Euro. Zwar können bereits heute Familien mit wenig Einkommen einen Zuschlag erhalten, diese als Kinderzuschlag eingeführte Leistung ist aber kompliziert zu beantragen und wenig bekannt. Bis heute nutzt nur ein Drittel der Anspruchsberechtigten diese Leistung. Das Neue Kindergeld der SPD wird den Kreis der Anspruchsberechtigten erweitern. Es führt das alte Kindergeld und den Kinderzuschlag zu einer Leistung zusammen: Zum neuen, gerechten Kindergeld.

Auch für Familien mit einem hohen Einkommen wird sich etwas ändern. Heute erhalten diese Familien über die Kinderfreibeträge mehr als Normal- und Geringverdiener über das Kindergeld. Dieser Kinderfreibetrag soll abgeschafft werden, weil er die zentrale Ursache für die Ungleichbehandlung der Familien darstellt. Durch das jetzige Kindergeld erhalten Eltern mit einem hohen Einkommen mehr Unterstützung für ihre Kinder als sozial schwächere Familien. Auch diese Familien erhalten künftig maximal 184 Euro im Monat für das erste Kind.

Zugang zur „Pille danach“

Der Fall der jungen Kölnerin erregte großes Aufsehen: im Dezember war sie offenbar bei einer Party mit K.O.-Tropfen betäubt worden und erst einen Tag später auf einer Parkbank wieder zu sich gekommen. Eine Notärztin, die eine Vergewaltigung nicht ausschließen konnte, hatte 2 Kliniken in katholischer Trägerschaft um eine Spurensicherung gebeten, um mögliche Tatspuren gerichtsverwertbar zu sichern. Die Kliniken lehnten die Untersuchung ab, da die gynäkologische Untersuchung auch mit einem Beratungsgespräch über eine mögliche Schwangerschaft und deren Abbruch sowie das Verschreiben der Pille danach verbunden wäre.



Foto: Hartmut910/pixelio.de

Auch wenn es in Sachsen-Anhalt Kliniken in Trägerschaft katholischer Organisationen gibt, droht Derartiges nicht. Nachfragen im Sozialministerium ergaben, dass hier vergewaltigte Frauen vor Ort behandelt werden und ihnen bei Bedarf Zugang zur „Pille danach“ gewährt wird. Um die Tatspuren gerichtsverwertbar zu machen, ziehen die Kliniken die Gerichtsmedizin hinzu, die über eine 24-Stunden-Rufbereitschaft verfügt.

Vergewaltigungsprozess in Neu-Delhi beginnt

Eine 23-jährige Inderin wurde am 16. Dezember in einem fahrenden Bus in Neu-Delhi von mehreren Männern brutal vergewaltigt, 13 Tage später erlag sie ihren Verletzungen. Mittlerweile ist der Prozess gegen fünf mutmaßliche Täter mit einer Anhörung gestartet. Die Anklage lautet auf Mord. Die Angeklagten plädierten auf nicht schuldig. Die Staatsanwaltschaft hofft, schon in ein bis zwei Monaten auf ein Urteil des Schnellgerichts, das angefochten werden kann. Den Angeklagten droht die Todesstrafe. Bereits jetzt hat die Tat Indien verändert. Die Menschen sind scheinbar nicht länger bereit, die Untätigkeit der Regierung beim Thema Frauenschutz zu tolerieren.

One Billion Rising am 14. Februar 2013



Am 14. Februar hieß es in Sachsen-Anhalt streiken, tanzen, aufbegehren: One Billion Rising! Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist nach wie vor ein großes

gesellschaftliches Problem. Weltweit erfährt jede dritte Frau im Lauf ihres Lebens Gewalt, wird geschlagen oder vergewaltigt. Insgesamt rund eine Milliarde Frauen weltweit.

Die Aktion „One Billion Rising“ (deutsch: eine Milliarde erhebt sich) ist Teil einer weltweiten Bewegung von Aktivistinnen und Aktivisten mit dem Ziel, Gewalt gegen Frauen zu beenden.

Um ein gesellschaftliches Bewusstsein für diese Problematik zu schaffen sollten am 14. Februar weltweit eine Milliarde Menschen zusammenkommen, um ein Ende der Gewalt gegen Frauen einzufordern. In über 180 Ländern, auf allen Kontinenten, in vielen Städten Deutschlands fanden dazu Aktionen, Veranstaltungen und Demonstrationen statt, in Sachsen-Anhalt u.a. in Magdeburg, Dessau und Bitterfeld.

Unwort des Jahres: „Opfer-Abo“

Jörg Kachelmann hat die zweifelhafte Ehre, das Unwort des Jahres 2012 geprägt zu haben. „Opfer-Abo“ ist das Unwort des Jahres 2012, wie die Jury der sprachkritischen Aktion bekannt gab. Diesen Begriff prägte Kachelmann in Interviews zu den Vergewaltigungsvorwürfen gegen ihn. Die Jury begründete ihre Entscheidung damit, dass das Wort „Opfer-Abo“ Frauen pauschal und in inakzeptabler Weise unter den Verdacht stelle, sexuelle Gewalt zu erfinden und selbst Täterinnen zu sein. Das hält die Jury angesichts des dramatischen Tatbestands, dass nur 5-8 % der von sexueller Gewalt betroffenen Frauen tatsächlich die Polizei einschalten und dass es dabei in nur 3-4 % der Fälle zu einer Anzeige und einem Gerichtsverfahren kommt, für sachlich grob unangemessen.

Aufschrei und Aufbruch

Unerwünschte Bemerkungen oder unerwünschtes Verhalten sexuellen Inhalts definiert das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz als sexuelle Belästigung. Sexistisch ist diese Verhalten dann, wenn es dazu dient, der Kollegin zu verdeutlichen, dass sie nicht auf Augenhöhe mit ihrem männlichen Gegenüber steht, wenn sie erniedrigt oder auf ihr Äußeres oder ihr Geschlecht reduziert wird. Im Gegensatz dazu stehen die Beteiligten bei einem harmlosen Flirt gerade nicht in einem Macht- oder Abhängigkeitsverhältnis, sondern handeln aus freiem Willen. Es geht nicht um einen Flirt oder ein Kompliment, sondern um Aufdringlichkeit. Wieso fällt es vielen von uns so schwer, das zu unterscheiden?

Der erste Schritt zur Veränderung ist auszusprechen, was ist. Insofern stimmt es äußerst positiv, dass der alltägliche Sexismus in den letzten Wochen einen breiten öffentlichen Raum erobert hat und nicht mehr tabuisiert wird. Bereits heute steigt damit die gesellschaftliche Sensibilität gegenüber sexistischem Verhalten. Die Masse der Einzelerlebnissen, die im Laufe der Diskussion u.a. bei Twitter veröffentlicht wurden, hat gezeigt, dass Sexismus und sexuelle Übergriffe kollektive Phänomene sind, die strukturell begünstigt werden. Sie geschehen jeden Tag, überall und unabhängig von Bildungs- oder Gesellschaftsschichten. Sie sind Teil einer gesellschaftlichen Realität, in der Frauen weiterhin bis zu 23% weniger Gehalt für die gleiche Arbeit erhalten und an gläserne Decken hämmern müssen.

Obwohl die Debatte in den letzten Wochen allgegenwärtig war, hat eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Problem kaum stattgefunden. Es bedarf Lösungsansätzen, die der Komplexität des Problems gerecht werden und sowohl institutionelle als auch individuelle Maßnahmen betreffen. Die Strukturen, die Sexismus begünstigen, müssen sichtbar gemacht und bekämpft werden. Nur so kann der Aufschrei auch zu Veränderungen führen.

Sarah Schulze



Veranstaltungstipp: Filmvorführung mit Themenabend zu „Frauen im Rechtsextremismus“

Am Dienstag, 9. April 2013, 18.00 Uhr, lädt die Friedrich-Ebert-Stiftung zum Filmabend „die Kriegerin“ ins Volksbad Buckau c/o Frauenzentrum Courage, Karl-Schmidt-Str. 56, 39104 Magdeburg. Pünktlich zum Prozessauftakt gegen das mutmaßliche NSU-Mitglied Beate Zschäpe am 17. April will man sich mit der Rolle der Frauen in der rechtsradikalen Ideologie auseinandersetzen.

Im Anschluss an die Filmvorführung besteht die Möglichkeit, mit der Andrea Röpke über den Film zu diskutieren. Andrea Röpke ist Diplom-Politologin und freie Journalistin mit dem Themenschwerpunkt Rechtsextremismus. Sie gilt als eine der besten Kennerinnen der rechten Szene in Deutschland.

Anmeldungen sind unter info.magdeburg@fes.de möglich.

Impressum:

V.i.S.d.P.: Corinna Reinecke
Redaktion: Sarah Schulze
Anschrift:
 SPD-Landesgeschäftsstelle,
 AsF-Landesverband
 Bürgelstraße 1, 39104 Magdeburg

Termine:

08.03.2013: Internationaler Frauentag, Festveranstaltung der SPD-Landtagsfraktion und der Stadtratsfraktion Magdeburg, 18 Uhr, Rathaus der Landeshauptstadt Magdeburg, Alter Markt 6
21.03.2013: Equal Pay Day
09.04.2013: Film und Gespräch „die Kriegerin“ im Volksbad Buckau c/o Frauenzentrum Courage, 18 Uhr, Karl-Schmidt-Str. 56, Magdeburg
27.04.2013: AsF-Landeskonferenz mit Vorstandswahl